

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Kommissionhearings in vollem Gange](#) 2
- [Parlament lehnt zwei designierte Kommissionskandidaten ab, ein weiterer wackelt](#) 5
- [EU startet Verhandlungen um Handelsbeziehungen mit ost- und südafrikanischen Ländern zu vertiefen](#) 6
- [Mehr Reparieren, mehr Recyclen: Neue EU-Vorschriften für mehr Energieeffizienz von Haushaltsgeräten](#) 7
- [Sicherheitsunion: Kommission empfiehlt dem Rat den Austausch von Passagierdaten mit Japan](#) 8

Europäisches Parlament

- [Mitglieder des Europäischen Parlaments warnen: Neue Agrarpolitik könnte sich um zwei Jahre verspäten](#) 9

Europäischer Rat

- [EU-Investitionsbudget für 2020 soll sich auf das Europa von Morgen konzentrieren](#) 10
- [Rat "Justiz und Inneres" am 07./08.10.2019](#) 11

Sonstiges

- [Besuch des Akademischen Gymnasiums Innsbruck](#) 12

Laufende Konsultationen 13

Tagesordnungen der Institutionen 14

Impressum 14

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Kommissionhearings in vollem Gange - die bisherigen Anhörungen und die wichtigsten Statements und Informationen

Die Kommissionhearings der neuen designierten EU-Kommissare haben begonnen. Im Folgenden werden alle bisherigen Kommissare und ihre Kernbotschaften vorgestellt.

Maroš Šefčovič - Slowakei - Vize-Präsident: Šefčovič ist der Meinung, die natürliche Partnerschaft zwischen dem europäischen Parlament und der Kommission müsse sich in eine vorausschauende Führungsriege von Weltformat entwickeln. Dabei fügte er an, dass die Kommission weitere Legislativvorschläge basierend auf Resolutionen des Parlaments präsentieren werde und zeigte sich entschlossen, die Verhandlungen über das Untersuchungsrecht des Parlaments fortzusetzen.

Phil Hogan - Irland – Handel: In seiner Einleitungsrede nannte Hogan Handel als das Herzstück der europäischen Wirtschaft. Der Handel muss den Europäern echte Chancen liefern, aber auch die europäischen Werte vertreten, wie beispielsweise nachhaltige Entwicklung, Schutz der Umwelt, Kampf gegen den Klimawandel, Arbeiterrechte und Gleichstellung der Frau. Er sprach sich auch für ein stabiles, vorhersehbares und regelbasiertes weltweites Handelssystem, welches den Fokus auf das Klima legt. Er fügte hinzu, dass es unverzichtbar ist, die WTO zu reformieren, vor allem in Anbetracht der aktuellen Lage.

Marya Gabriel - Bulgarien - Innovation und Jugend: Eingangs betonte Gabriel die Wichtigkeit der

Gründung eines europäischen Forschungs-, Innovations-, Bildungs-, Kultur- und Sportraums. Er soll die Synergien zwischen den verschiedenen Programmen fördern und dafür sorgen, dass Europa sein ganzes Potenzial ausschöpfen kann. Dabei soll vor allem Raum geschaffen werden um den jungen Europäern mehr Entfaltungsmöglichkeiten zu geben. Die Mitglieder des Parlamentsausschusses zeigten sich ihrer Vision gegenüber kritisch, da sie nur in wenigen Punkten zu Kultur und Forschung Stellung bezogen hat.

Jutta Urpilainen - Finnland – Internationale Partnerschaften: In ihrer Einstandsrede betonte Urpilainen, die Agenda für Ziele zur nachhaltigen Entwicklung bis 2030 sei eine 'goldene Möglichkeit für die Europäische Union' um weiter die starke Führungsrolle dabei zu spielen, Partnerländer im Kampf gegen Armut weltweit zu unterstützen und gleichzeitig Werte zu stärken, inklusive einer Stärkung der Stellung von Frauen und Mädchen als eine Voraussetzung der Gesellschaft. Die Gleichstellung der Geschlechter sollte die höchste Priorität sein und in allen Agenden und Programmen Einzug finden.



Europäische Kommission

Nicolas Schmit - Luxemburg - Arbeit: In seiner Einführungsrede unterstrich der ehemalige luxemburgische Minister für Arbeit und Soziales und derzeitige EU-Abgeordnete Nicolas Schmit sein starkes Engagement für das europäische Projekt und europäische Werte sowie seinen Einsatz für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Bürger. „Die Stärke des europäischen Modells besteht darin, wirtschaftliche und soziale Probleme - unter Einbeziehung der Umweltdimension - in Einklang zu bringen.“ So er als Kommissar bestätigt wird, will Schmit zwei Hauptziele verfolgen: Erstens die Förderung von Beschäftigung und qualifizierter Ausbildung, um auf den Digital- und Klimawandel zu reagieren. Zweitens kündigte er an, soziale Rechte für alle und soziale Eingliederung in den Mittelpunkt seiner Arbeit zu stellen.

Janusz Wojciechowski - Polen - Agrikultur: In seiner Rede sagte Wojciechowski, dass die EU eine langfristige Vision für die europäische Agrikultur braucht, welche sich auch an den aktuellen EU-Klima- und Energiestrategie angelehnt ist. Er schlägt als ersten Schritt einen „Special Report“ zur aktuellen Lage vor. Er fordert die EU auf, mehr Hilfen und die Bauern auszuschiütten, sowie die Umweltstandards und Tierschutzstandards zu verbessern. Seine Antworten waren oft sehr vage, was seine Bestätigung durch das Parlament gefährden könnte.

Ylva Johansson - Schweden - Innere Angelegenheiten: Johansson gab an, dass eine ihrer Hauptaufgaben die Vorstellung eines neuen Paktes für Migration und Asyl sei. „Es ist schwer, aber ein Fehlschlag ist ganz einfach keine Option“, meinte sie. Legale und sichere Routen in die EU für Migranten sollen auch Teil der Lösung des Problems sein, fügte sie hinzu.

Stella Kyriakides - Zypern - Gesundheit: In ihrem Anfangsstatement gab Frau Kyriakides zu verstehen, dass den Veränderungen der Umwelt und dem demographische Wandel, welchen die Europäischen Gesellschaften gegenüberstehen nur mit einem „One-Health-Approach“ Herr zu werden ist, und stellte dabei Gesundheit und gesunde Ernährung auf dieselbe Stufe. Ihre Prioritäten beinhalten die neue „Feld-zu-Gabel“-Strategie um Lebensmittelsicherheit zu erhöhen, Maßnahmen gegen antimikrobielle Resistenzen zu ergreifen und sicherzugehen, dass ein ununterbrochener Strom an leistbaren Medikamenten für Bürger verfügbar gemacht wird.

Didier Reynders - Belgien - Justiz: In seiner Rede zu Beginn der Anhörung sagte Reynders, er werde in seinem ersten Jahr einen funktionierenden „Rule of Law“-Mechanismus zwischen Parlament und Rat vorantreiben, der für alle Mitgliedsstaaten verbindlich ist und sich auf jene Länder fokussieren soll, wo Bedrohungen für die Rechtsstaatlichkeit festgestellt wurden. Zu seinen aktuellen Anschuldigungen, welche auch seine Bestätigung als Kommissar ungewiss machen, sagte er, dass alle Punkte gegen ihn fallengelassen wurden und das Rechtsstaatlichkeit immerhin auch die Unschuldsvermutung mit sich bringt. Andere Prioritäten wird er auf den möglichen EU-weiten Haftbefehl legen und die neu geschaffenen Institution der europäischen Staatsanwaltschaft unterstützt er voll und ganz. Weiters spricht er von der Zentralität von Vertrauen und Sicherheit in Bezug auf Policies im Bereich der Künstlichen Intelligenz und die volle Umsetzung der Datenschutzrichtlinie.



Europäische Kommission

Sylvie Goulard - Frankreich – Binnenmarkt: Frau Goulard unterstrich die Wichtigkeit des Binnenmarkts - sowohl für Dienstleistungen als auch für die Industrie. Sie stellte hervor, dass es wichtig sei, Firmen die Möglichkeit zu geben, zum Wachstum beizutragen, vor allem durch die Unterstützung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen und den Abbau von Bürokratie. Sie erwähnte auch die Kreislaufwirtschaft und sprach über die Möglichkeiten, welche die Bewältigung der Klimakrise für die europäische Industrie bringen könnte. Goulard nahm auch Probleme in Bezug auf mangelnde steuerrechtliche Gleichstellung in den Mitgliedsstaaten ins Visier und hob die Signifikanz eines fairen Mindestlohns in der EU hervor. Sie kündigte auch an, ein neues Gesetz für digitale Services vorzustellen und sprach dabei darüber, dass eine Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gehalten werden müsse.

Helena Dalli - Malta - Gleichberechtigung: In ihrem Eingangsstatement sagt Dalli, dass Ungleichbehandlung sowohl Einzelpersonen als auch der ganzen Gesellschaft schadet und sie daher für ein Europa frei von Diskriminierungen kämpfen wird. Sollte ihre Kandidatur vom Parlament bestätigt werden, hat sie sich dem Aufbau einer Task Force für Gleichbehandlung verschrieben, welche durch einen intersektionalen Zugang für Gender Mainstreaming in allen EU-Vorgaben sorgen soll. Sie will auch eine Geschlechtergleichheitsstrategie etablieren, welche neue Maßnahmen in Bereichen der Gehaltstransparenz, der Gender Pay Gap, Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Stereotypen bringen soll.

Janez Lenarčič - Slowenien – Krisenmanagement: Eingangs betont Lenarčič die Wichtigkeit der Reaktion der EU auf Krisen und Desaster. Die EU spielt eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung der betroffenen Gesellschaften, zeigt europäische Führung und baut Koalitionen, welche auf europäischen Werten basieren. Seine Prioritäten sind unter anderem die Stärkung des EU-Krisenmanagements, die Verbesserung der Risikominimierungsmaßnahmen und die Integration von humanitärer Hilfe, Entwicklung und Umweltstandards in den Prozess. Er will auch sicherstellen, dass die Umsetzung von Hilfe verbessert wird und die Hilfe vor allem bei schwächer gestellten Gruppen ankommt, wie zum Beispiel Kinder, Mädchen und Frauen.

Elisa Ferreira – Portugal – Kohäsion und Reformen: Ferreira stellte fest, dass Zusammenhalt an oberster Stelle der EU-Agenda zu stehen habe und sprach sich für mehr Kohärenz zwischen den EU-Politikbereichen aus. Sie sagte, dass strukturelle Reformen und Zusammenhalt sich einander stärken müssten. Dabei stellte sie ihre Gewilltheit hervor, für alle Regionen eine eigens geschneiderte Kohäsionspolitik zu erstellen, von den äußersten zu alpinen bis hin zu den Kohleregionen. Ihr Motto diesbezüglich werde "Keine Region wird vernachlässigt" sein. Sie fügte hinzu, dass Kohäsionspolitik in starkem Austausch mit dem Europäischen Green Deal und den digitalen Zielen zu stehen hat. Sie wird außerdem während ihres Mandats eine besondere und starke Kooperation mit dem Ausschuss für regionale Entwicklung anstreben.

Mehr Informationen zu den Hearings der designierten Kommissare finden sie [hier](#)



Europäische Kommission

Parlament lehnt zwei designierte Kommissionskandidaten ab, ein weiterer wackelt

Der Rechtsausschuss des europäischen Parlaments lehnte in einem Brief von Parlamentspräsident Sassoli an die designierte neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zwei vorgeschlagene Kommissionskandidaten ab. Dabei handelt es sich um den Ungarn Laszlo Trocsanyi und die rumänische Kandidatin Rovana Plumb. Sie werden nicht zu Hearings geladen.

Die Rumänin ist unter anderem über eine ungeklärte Parteifinanzierung gestolpert. In einer schriftlichen Antwort räumte die als Verkehrskommissarin vorgesehene Rumänin ein, eine Spende von umgerechnet fast 170.000 Euro an ihre regierende sozialdemokratische Partei nicht angegeben zu haben. Die rumänische Regierung nominierte den Europaabgeordneten Dan Nica nach.

Auch der ungarische Christdemokrat László Trócsányi war am Donnerstag vor den Rechtsausschuss geladen. Er war als Erweiterungskommissar vorgesehen gewesen. Trócsányi war als Justizminister von 2013 bis 2018 einer der Architekten der umstrittenen ungarischen Justizreformen, kraft derer Ministerpräsident Viktor

Orbán seine Machtposition festigen konnte. Schließlich stimmte der Ausschuss mit elf zu neun Stimmen gegen ihn. Ungarn entschied sich als Ersatz für den ungarischen Botschafter bei der EU Olivér Várhelyi.

Nach seinem Hearing wackelt der polnische Kandidat Janusz Wojciechowski immer noch. Aus mehreren Fraktionen kommt nach dem Hearing starke Kritik, vor allem aufgrund seiner unpräzisen Antworten.

Im Ausschuss ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, um Wojciechowski zur schriftlichen Beantwortung weiterer Fragen zu verpflichten. Sie dürfte im Lichte seiner schwachen Vorstellung zustande kommen.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#)



Europäische Kommission

EU startet Verhandlungen um Handelsbeziehungen mit ost- und südafrikanischen Ländern zu vertiefen

Am 2. Oktober starten Verhandlungen in Mauritius zwischen der EU und den ESA-Staaten („Eastern and Southern Africa“ ; Mauritius, Zimbabwe, die Seychellen, Madagaskar & die Komoren) um die bereits durch das gemeinsame Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), welches 2012 erstmals in Kraft trat, geschlossenen Handelsbeziehungen zu vertiefen.

Seit 2012 stiegen die Exporte in die EU aus den 5 ESA-Staaten um ein Viertel an, 2018 wurden so Waren im Wert von knapp € 2.8 Mil. in die EU exportiert. Europäische Unternehmen haben in den letzten Jahren auch vermehrt in die Region investiert.

Das neue, vertiefende Abkommen soll wichtige Themen des Handels, wie zum Beispiel Dienstleistungs- und Investment-Regelungen aufstellen. Außerdem wird ein Abbau der technischen Handelshindernisse, eine Verstärkung der Rechte des geistigen Eigentums sowie eine nachhaltige Entwicklung angestrebt.

Die EU ist der größte Handelspartner für die ESA-Staaten. Nicht nur würden stärkere Handelsbeziehungen das Geschäfts- und Investitionsumfeld verbessern, ein umfassendes Freihandelsabkommen würde auch die Wirtschaft der Region stark vorantreiben, beispielsweise durch eine Diversifizierung ihrer Exporte in die EU. Dieser Prozess würde darüber hinaus auch die Implementierung der Allianz-Afrika-Europa für nachhaltige Investments und Arbeitsplätze aus dem September 2018 unterstützen.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#)



Europäische Kommission

Mehr Reparieren, mehr Recyceln: Neue EU-Vorschriften für mehr Energieeffizienz von Haushaltsgeräten

Die Kommission hat am 1. Oktober neue Ökodesign-Maßnahmen für Haushaltsgeräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Geschirrspüler und Fernsehgeräte angenommen. Damit will sie den CO2-Fußabdruck Europas verringern und die Energiekosten für die europäischen Verbraucher senken.

Die Maßnahmen umfassen erstmals Anforderungen an die Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit und tragen zu den Zielen der Kreislaufwirtschaft bei, indem die Lebensdauer, Wartung, Wiederverwendung und Recyclingfähigkeit von Geräten sowie die Handhabung von Altgeräten verbessert werden.

Die Vorteile dieser Initiative sind nicht nur die Verringerung von CO2-Emissionen, sondern sie sollen den EU-Bürgern auch Geldersparnisse bringen. Die Kommissarin für Wettbewerb Jyrki Katainen nannte in einem Statement Ersparnisse von durchschnittlich 150€. Die Kommission geht davon aus, dass durch diese Maßnahmen in Verbindung mit den am 11. März angenommenen Vorschriften zu Energielabels bis 2030 Endenergieeinsparungen von 167 TWh jährlich erzielt werden. Dies entspricht dem jährlichen Energieverbrauch von Dänemark.

Diese Einsparungen kommen zu denjenigen hinzu, die durch die geltenden Anforderungen an das **Ö k o d e s i g n** und die Energieverbrauchskennzeichnung erreicht werden, und bis 2020 jährlich bei rund 150 Mio. t RÖE (Mio. Tonnen Rohöleinheiten) liegen dürften. Dies entspricht etwa dem jährlichen Primärenergieverbrauch von Italien. Für die Verbraucher bedeutet dies bereits eine durchschnittliche Einsparung von bis zu 285 EUR pro Jahr bei ihren privaten Haushaltsenergiekosten.

Nach der Annahme werden die Texte in den kommenden Wochen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und treten 20 Tage danach in Kraft.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#)



Europäische Kommission

Sicherheitsunion: Kommission empfiehlt dem Rat den Austausch von Passagierdaten mit Japan

Im Zuge des EU-Asia-Connectivity Forums vom 27. September 2019 sprach sich die Europäische Kommission für einen Eintritt in Verhandlungen zwischen Japan und der Union bezüglich eines Abkommens über den Austausch von Fluggastdatensätzen (Passanger Name Record - PNR) aus.

Im Zuge des EU-Asia-Connectivity Forums vom 27. September 2019 sprach sich die Europäische Kommission für einen Eintritt in Verhandlungen zwischen Japan und der Union bezüglich eines Abkommens über den Austausch von Fluggastdatensätzen (Passanger Name Record - PNR) aus.

Dieser Austausch soll zur Prävention von Terrorismus sowie von schweren transnationalen Verbrechen beitragen. Ziel soll es sein, Rahmenbedingungen für den Austausch der Daten von Fluggästen im Einklang mit Datenschutz- und Persönlichkeitsrechten sowie der Grundrechtecharta zu schaffen.

Der PNR, welcher in den Reservierungs-Datenbanken der Airlines gespeichert wird, enthält

die Daten, welche die Passagiere beim Buchen von Flügen und Check-Ins preisgeben. Darin enthalten sind Namen, Reisedaten, Reiserouten, Sitzplätze, Informationen über das mitgebrachte Gepäck, Kontaktdaten und die gewählte Zahlungsmethode.

Zwischen Japan und der EU besteht eine lange Partnerschaft hinsichtlich Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung. Diese wurde zuletzt durch das Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und Japan 2018 bestätigt.

Nach der Empfehlung der Kommission liegt die Entscheidung nun beim Rat, ob er tatsächlich mittels Beschluss die Kommission zur Aufnahme der Verhandlungen ermächtigt. Ein endgültiges Abkommen muss vom Rat nach Zustimmung des Parlaments beschlossen werden.



Europäisches Parlament

Mitglieder des Europäischen Parlaments warnen: Neue Agrarpolitik könnte sich um zwei Jahre verspäten

Laut zweier erfahrener sozialdemokratischen Abgeordneten sei mit einer Verzögerung des Abschlusses der Reform für gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu rechnen. Der auf 2021 angedachte Reformabschluss könne sich laut ihnen sogar bis ins Jahr 2023 verschieben.

Der italienische Abgeordnete und Koordinator der sozialdemokratischen Fraktion im Landwirtschaftsausschuss, Paolo de Castro verwies dabei auf die umfangreichen Verhandlungen zur letzten GAP-Reform, welche 56 Treffen in einem Zeitraum von 18 Monaten umfassten. Er gehe von ähnlichen Dimensionen für die kommenden Verhandlungen aus.

Auch Clara Aguilera von der spanischen Partido Socialista zeigt sich skeptisch hinsichtlich eines Abschlusses vor 2022, hofft aber auf einen Abschluss und ein zeitiges Inkrafttreten der Reform.

Der aktuelle Agrarkommissar Phil Hogan hofft derzeit auf einen Abschluss der Verhandlungen über die GAP-Reform noch vor Ende des Jahres. Dabei

bekräftigt er auch, dass alle EU-Institutionen das gemeinsame Ziel haben, den europäischen Landwirten möglichst viel Sicherheit und Vorhersehbarkeit zu bieten.

Der finnische Landwirtschaftsminister Jari Leppä bestätigte derzeit erneut, Finnland habe seinen Vorsitz im Rat der EU mit dem Ziel angetreten, die GAP-Reform „so weit wie möglich“ umzusetzen. Wichtig sei in dieser Hinsicht allerdings auch, räumte er ein, dass die wichtigsten GAP-Maßnahmen mit dem langfristigen Haushalt der EU, dem sogenannten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), verknüpft sind. Auch dieser wird aktuell noch debattiert.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#)



Europäischer Rat

EU-Investitionsbudget für 2020 soll sich auf das Europa von Morgen konzentrieren

In einer Abstimmung über das Investitionsbudget 2020 am Dienstag sprachen sich die Mitglieder des EU-Haushaltsausschusses für eine Stärkung des Klimaschutzes, der Jugend und der Wirtschaft aus.

Der Ausschuss unterstützt viele Programme und Projekte, welche als Ziel die Bekämpfung des Klimawandels haben, so zum Beispiel die Connecting Europe Facility, also Investments in die Transport- und Energieinfrastruktur der Union, oder klimabezogene Untersuchungen im Zuge des Horizon 2020 Programms.

Ziel ist die Einhaltung des Versprechens, man würde 20 % des Investment-Budgets für Klimawandel-Prävention aufwenden. Dieses wurde im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 (Multiannual Financial Framework - MFF) festgesetzt.

Die weiteren großen Investitionserhöhungen betreffen die Jugendbeschäftigungsinitiative, welche über € 360,3 Mio. an zusätzlichen Mitteln erhalten werden (insgesamt für 2020 nun also € 480 Mio.), Unterstützung für Erasmus+, kleine & mittelgroße

Unternehmen sowie für die Forschungs- und Innovationsbereiche im Gesundheits- und Digitalisierungswesen.

Genauere Details zum neuen Budget werden bald zugänglich sein. Über einen korrespondierenden Beschluss des Rates wird vom Ausschuss am 14. Oktober abgestimmt. Das gesamte Parlament wird über seine Sichtweise zum geplanten Investitionsbudget am 23. Oktober abstimmen. Danach starten 3-wöchige Vermittlungsgespräche zwischen Parlament und Rat mit dem Bestreben, eine Einigung der beiden Organe für das Budget für 2020 zu erzielen.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#)



Europäischer Rat

Rat "Justiz und Inneres" am 07./08.10.2019

Am Montag und Dienstag, 07. und 08. Oktober, findet der Rat „Justiz und Inneres“ in Brüssel statt.

Die JustizministerInnen werden sich am 07. September über die Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Korruption beraten. Sie werden dabei besprechen, ob es auf EU-Ebene zusätzliche Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung geben soll und welche Rolle die EU in diesem Bereich auf internationaler Ebene spielen soll. Die MinisterInnen werden ferner anlässlich des zehnten Jahrestags des Inkrafttretens der EU-Grundrechtecharta einen Gedankenaustausch über die Herausforderungen hinsichtlich der Grundrechte für das Jahr 2020 und darüber hinaus führen. Der Rat wird Schlussfolgerungen zu diesem Thema annehmen.

Anschließend wird der Rat Berichte über den Sachstand bei einer Reihe von Themen anhören. Diese Berichte erstrecken sich auf

1. die laufenden internationalen Verhandlungen über elektronische Beweismittel mit den USA und im Rahmen des Budapest Übereinkommens
2. die Bewertung des Verhaltenskodex für Hassreden im Internet
3. die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft und Hintergrundinformationen
4. Besserer Zugang zu elektronischen Beweismitteln für die Bekämpfung der Kriminalität (Hintergrundinformationen)

Schließlich wird Eurojust ersucht werden, den MinisterInnen sein neues Justizielles

Terrorismusregister vorzustellen. Der Rat wird ferner Schlussfolgerungen zu Eurojust annehmen.

Die InnenministerInnen werden am 08. September eine Aussprache über den gewaltbereiten Rechtsextremismus und den Terrorismus führen und sich dabei insbesondere auf die Analyse der Art der Bedrohung und die bestehenden Reaktionen konzentrieren. Die MinisterInnen werden mögliche nächste Schritte auf nationaler Ebene oder EU-Ebene erörtern, die der Verbesserung des Informationsaustauschs, der Präventivmaßnahmen, der Sensibilisierung und des Austauschs bewährter Verfahren dienen. Die MinisterInnen werden auch über die Herausforderungen und Chancen diskutieren, die möglicherweise mit den neuen Technologien für die innere Sicherheit verbunden sind. Dazu gehören Entwicklungen wie 5G-Mobilfunknetze, künstliche Intelligenz, Internet der Dinge, Drohnen, Anonymisierung und Verschlüsselung, 3D-Druck oder Biotechnologien.

Der Rat wird anschließend eine Debatte über hybride Bedrohungen und innere Sicherheit führen, um herauszufinden, wie die EU die Mitgliedstaaten besser bei der Aufdeckung, Identifizierung und Abwehr hybrider Bedrohungen unter dem Blickwinkel der Strafverfolgung und des Katastrophenschutzes unterstützen könnte. Des Weiteren wird der Rat voraussichtlich Schlussfolgerungen zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern annehmen.

Für mehr Informationen klicken Sie [hier](#)



Sonstiges

Besuch des Akademischen Gymnasiums Innsbruck im Tirolbüro



Am Dienstag, den 1. Oktober 2019 besuchte uns die 6CD des Akademischen Gymnasiums Innsbruck in unserem Tirolbüro in Brüssel. Es wurde eine spannende Diskussion über Europapolitik geführt, mit dem Schwerpunkt auf Umwelt- und Wasserpolitik.



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 – Evaluierung](#)

Beschäftigung und Soziales

1 Juli 2019 - 23 Oktober 2019

[Validierung des nichtformalen und informellen Lernens – Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

7 August 2019 - 13 November 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Paul Egger